

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates

des Kantons Basel-Landschaft

Nr.

vom

X-AG, D-Z; Beschwerde gegen die Verfügung des Kantonalen Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit vom 3. Juni 2010 betreffend Verwaltungsbusse / Abweisung

1. Die Zentrale Paritätische Kontrollstelle (ZPK) führte bei der im deutschen Z ansässigen Firma X-AG eine Lohnbuchkontrolle durch. Mit Abschlussbericht vom 22. März 2010 stellte sie fest, dass die X-AG im Monat August 2008 mehrere Arbeitnehmende zur Erbringung von Dienstleistungen in die Schweiz entsandt habe. Die entsandten Arbeitnehmenden fielen während der Entsendedauer unter die Gesamtarbeitsverträge (GAV) des Metall- und des Ausbaugewerbes. Bei ihrer Kontrolle stellte die ZPK verschiedene Rechtsverstösse fest bezüglich der Ferienentschädigung, der Feiertagsentschädigung, der Mindestlöhne, der Jahresendzulage und der Zusammenarbeit mit der Kontrollstelle. Die Gesamtunterschreitung der geldwerten Leistungen belaufe sich total auf CHF 1'329.00. Der X-AG wurde Gelegenheit gegeben, zu diesem Bericht schriftlich Stellung zu nehmen.

2. Die X-AG reagierte hierauf mit Schreiben vom 13. April 2010 und machte geltend, dass das 13. Monatsgehalt und die Ferienentschädigung beim Tarif in Deutschland nicht enthalten seien und deshalb nicht bezahlt würden. Alle anfallenden Feiertage in Deutschland würden bezahlt. Pausenzeiten seien variabel und betrügen pro Tag eine Stunde. Die X-AG sei für den fraglichen Auftrag ein Subunternehmen und erhalte den Festpreis von Deutschland.

3. Die ZPK sprach gegen die X-AG mit Entscheid vom 22. April 2010 eine Konventionalstrafe von CHF 1'000.00 aus und auferlegte ihr Verwaltungskosten von CHF 200.00 sowie Kontrollkosten von CHF 1'350.00.

4. Das Kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) wandte sich mit Schreiben vom 17. Mai 2010 an die X-AG und teilte ihr mit, dass man gestützt auf den Bericht der ZPK beabsichtige, eine Verwaltungsbusse auszusprechen. Vorgängig wolle man der X-AG jedoch noch das rechtliche Gehör gewähren.

5. Die X-AG nahm das ihr eingeräumte rechtliche Gehör mit Schreiben vom 26. Mai 2010 wahr. Sie machte geltend, dass die Mitarbeiter den Lohn erhielten, der ihnen zustehe, mehr könne man nicht bezahlen. Sie bekämen den Urlaub und auch die Feiertage nach ihrem Tarif voll bezahlt. Nach ihrer Feststellung habe man gegen kein Gesetz verstossen. Die Pausen würden eingehalten und man habe die Unterlagen formgerecht eingereicht. Man sei

eine kleine Firma, die von der weltweiten Krise schon lange eingeholt worden sei. In der Schweiz werde man keinen Auftrag mehr durchführen.

6. Das KIGA sprach mit Verfügung vom 3. Juni 2010 eine Busse von CHF 500.00 gegen die Firma X-AG aus. Gleichzeitig auferlegte es ihr Verwaltungskosten von CHF 200.00. Das KIGA begründete seine Verfügung im Wesentlichen damit, dass verbindliche Arbeits- und Lohnbedingungen gemäss GAV für das Metallbaugewerbe Baselland für drei ausländische Personen nicht eingehalten worden seien.

7. Die X-AG hat gegen diese Verfügung mit Schreiben vom 16. Juni 2010 beim KIGA Beschwerde erhoben. Sie beantragt sinngemäss die Aufhebung der Verfügung. Zur Begründung macht sie geltend, dass ihre Monteure nach den deutschen Gesetzen gerecht bezahlt würden. Den Monteuren werde sogar die Unterkunft mit Frühstück in guten Hotels bezahlt und sie erhielten dazu noch eine Auslösung. Sie bekämen 26 Tage Urlaub und alle in Deutschland gültigen Feiertage seien bezahlt. Alle Möglichkeiten seien ausgeschöpft, man könne nicht mehr bezahlen. Auf den weiteren Inhalt der Beschwerde wird, soweit erforderlich, im Rahmen der Erwägungen eingegangen. Das KIGA hat diese Beschwerde am 18. Juni 2010 zuständigkeitshalber an den Regierungsrat weitergeleitet.

8. Das KIGA hat sich mit Schreiben vom 9. August 2010 vernehmen lassen. Es beantragt die Abweisung der Beschwerde. Zur Begründung stellt es sich im Wesentlichen auf den Standpunkt, dass die Beschwerdeführerin verkenne, dass in der Schweiz die Bestimmungen der allgemein verbindlich erklärten GAVs einzuhalten seien. Auf den weiteren Inhalt der Vernehmlassung wird, soweit erforderlich, im Rahmen der Erwägungen eingegangen.

Erwägungen :

1. Die zehntägige Beschwerdefrist ist gewahrt, auch wenn die X-AG an eine unzuständige Behörde gelangt ist (vgl. § 5 Absatz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 13. Juni 1988 [VwVG BL]). Das KIGA hat die Beschwerde von Amtes wegen an den Regierungsrat weitergeleitet (§ 6 Absatz 2 VwVG BL). Da auch die übrigen formellen Voraussetzungen erfüllt sind, ist auf die Beschwerde einzutreten.

2.a) Arbeitgeber mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland, welche Arbeitnehmer in der Schweiz einsetzen ("entsenden"), müssen gewisse minimale Arbeits- und Lohnbedingungen einhalten (vgl. Artikel 1 des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 1999 über die minimalen Arbeits- und

Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen [EntsG], SR 823.20). Grundgedanke dieser Regelung ist folgender: In allen Fällen der Entsendung bleiben die betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen grundsätzlich dem Arbeitsvertrag unterstellt, den sie mit ihrem Arbeitgeber abgeschlossen haben. Sie werden nach den Bestimmungen des Staates entlohnt, in dem sie gewöhnlich ihre Arbeitsleistung erbringen und bleiben den Sozialversicherungen desselben Staates unterstellt. In solchen Fällen ist die Gefahr eines Sozialdumpings gross, besonders in einem Land wie der Schweiz, das hohe Löhne kennt und moderne Sozialleistungen gewährt. Als flankierende Massnahme zu den sektoriellen Abkommen mit der EG wurde deshalb das EntsG erlassen, um zu verhindern, dass die in der Schweiz geltenden minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen durch ausländische Arbeitgebende ausgehebelt werden (vgl. dazu die Botschaft des Bundesrates vom 23. Juni 1999 zur Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EG, Bundesblatt [BBl] 1999, S. 6393 ff.). Auch Deutschland kennt bereits seit den 1990er Jahren ähnliche Regelungen (vgl. BBl 1999, S. 6393).

b) Die Arbeitgeber müssen deshalb den entsandten Arbeitnehmenden mindestens die Arbeits- und Lohnbedingungen garantieren, die in Bundesgesetzen, Verordnungen des Bundesrates, allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen und Normalarbeitsverträgen in den Bereichen der minimalen Entlohnung, der Arbeits- und Ruhezeit, der Mindestdauer der Ferien, der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes, des Schutzes von Schwangeren, Wöchnerinnen, Kindern und Jugendlichen am Arbeitsplatz und der Nichtdiskriminierung vorgeschrieben sind (Artikel 2 Absatz 1 EntsG). Auch Subunternehmen unterliegen diesen Verpflichtungen und haften entsprechend (vgl. Artikel 5 EntsG).

c) Ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) regelt die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die den Arbeitnehmenden einer bestimmten Branche mindestens zu gewähren sind (vgl. dazu Artikel 356 ff. des Bundesgesetzes vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches [Fünfter Teil: Obligationenrecht, OR], SR 220). Wie jeder Vertrag gilt auch ein GAV grundsätzlich nur für diejenigen, die ihn abgeschlossen haben, d.h. für die beteiligten Arbeitgebenden- und Arbeitnehmendenverbände sowie für deren Mitglieder. Sind mehr als die Hälfte der Arbeitgebenden und mehr als die Hälfte der Arbeitnehmenden daran beteiligt, kann der Bundesrat (für mehrere Kantone oder für die ganze Schweiz) oder der Regierungsrat (für den eigenen Kanton) die Geltung der wichtigsten Bestimmungen auf alle Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden erweitern, d.h. allgemeinverbindlich erklären (vgl. dazu das Bundesgesetz vom 28. September 1956 über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, SR 221.215.311). In diesem Fall

werden alle schweizerischen und ausländischen Arbeitgebenden erfasst, die im betreffenden Gebiet Arbeiten ausführen.

d) Im Kanton Basel-Landschaft sind zahlreiche Bestimmungen des GAV für das Schlosser-, Metallbau-, Landmaschinen-, Schmiede- und Stahlbaugewerbe im Kanton Basel-Landschaft (GAV Metallbaugewerbe) vom Regierungsrat für allgemein verbindlich erklärt worden (vgl. dazu das Amtsblatt Nr. 4 vom 26. Januar 2006, S. 328 ff.). In ähnlicher Weise hat der Regierungsrat Bestimmungen des GAV für das Ausbaugewerbe im Kanton Basel-Landschaft (GAV Ausbaugewerbe) für allgemein verbindlich erklärt (vgl. Amtsblatt Nr. 5 vom 3. Februar 2005, S. 360 ff.). Diese Bestimmungen sind gestützt auf Artikel 2 Absatz 1 EntsG auch für die Beschwerdeführerin verbindlich, wenn sie mit ihren Arbeitnehmenden im Kanton Basel-Landschaft tätig ist.

3.a) Die Einhaltung der Anforderungen des EntsG werden im Rahmen von GAVs durch die mit der Durchsetzung des GAV betrauten paritätischen Organe kontrolliert (Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a EntsG). Die Einhaltung der hier in Frage stehenden GAVs wird durch eine Zentrale Paritätische Kommission (ZPK) kontrolliert (vgl. Artikel 7 GAV Ausbaugewerbe und Artikel 12 GAV Metallbaugewerbe). Es steht nach dem Gesagten fest, dass die ZPK die zuständige Stelle war, um die Lohnbücher der Beschwerdeführerin zu kontrollieren.

b) Ergeben die Kontrollen, dass die gesamtarbeitsvertraglichen Verpflichtungen verletzt worden sind, so werden die Kontroll- und Verfahrenskosten dem fehlbaren Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden vollumfänglich auferlegt (Artikel 10.5 GAV Ausbaugewerbe). Die zuständige kantonale Behörde nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe d EntsG kann bei geringfügigen Verstössen gegen Artikel 2 EntsG und bei Verstössen gegen die Artikel 3 und 6 EntsG eine Verwaltungsbusse bis CHF 5'000.00 aussprechen (Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a EntsG). Zuständige Behörde im Sinne von Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe d EntsG ist im Kanton Basel-Landschaft das KIGA (§ 2 Absatz 4 der Verordnung vom 17. Februar 2004 zum Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer [VEntsG], SGS 815.11).

4. Die Beschwerdeführerin bestreitet nicht, dass sie bei der Entsendung von drei Mitarbeitern in die Schweiz im August 2008 gegen Bestimmungen des GAV Ausbaugewerbe bzw. des GAV Metallbaugewerbe verstossen hat. Die X-AG beschränkt sich darauf geltend zu machen, dass sie ihre Mitarbeiter entsprechend den in Deutschland geltenden Tarifen bezahlt habe. Dass es auf diese im vorliegenden Fall nicht ankommt, wurde oben aufgezeigt. Anwendbar sind in der Schweiz jene Tarife, die sich aus Bundesgesetzen, Verordnungen

des Bundesrates, allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen und Normalarbeitsverträgen ergeben und nicht Tarife nach deutschem Recht. Dies gilt ausdrücklich auch in jenen Fällen, in denen ein deutscher Arbeitgeber eigene Mitarbeiter in der Schweiz einsetzt (Artikel 2 Absatz 1 EntsG). Das KIGA hat der X-AG deshalb gestützt auf Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe a EntsG zu Recht eine Verwaltungsbusse auferlegt. Deren Höhe von CHF 500.00 ist angesichts des Kostenrahmens (bis CHF 5'000.00) und der Übertretung (Gesamtunterschreitung der geldwerten Leistungen von CHF 1'329.00) angemessen. Die Gebühr von CHF 200.00 bewegt sich ohne Weiteres im Rahmen von § 14 Absatz 1 VEntsG. Die angefochtene Verfügung ist nicht zu beanstanden, so dass die Beschwerde abzuweisen ist.

5. Gemäss § 20a Absatz 1 VwVG BL ist das verwaltungsinterne Beschwerdeverfahren – unter Vorbehalt gewisser Ausnahmen, die hier nicht zutreffen – kostenpflichtig. Die Verfahrenskosten werden in der Regel der unterliegenden Partei auferlegt und betragen bis zu CHF 5'000.00 (§ 20a Absätze 2 und 4 VwVG BL). Entsprechend § 6 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung vom 30. November 2004 zum VwVG BL (Vo VwVG BL) beträgt die Entscheidgebühr für einen Beschwerdeentscheid CHF 300.00 bis CHF 600.00. Der Regierungsrat erachtet im vorliegenden Fall eine Gebühr von CHF 400.00 als angemessen.

- ://:
1. Die Beschwerde wird abgewiesen.
 2. Der X-AG werden Verfahrenskosten von CHF 400.00 auferlegt.

Gegen diesen Entscheid kann innert 10 Tagen, vom Empfang des Entscheides an gerechnet, beim Kantonsgericht, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Bahnhofplatz 16, 4410 Liestal, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist in vierfacher Ausfertigung einzureichen. Sie muss ein klar umschriebenes Begehren und die Unterschrift der beschwerdeführenden Partei oder der sie vertretenden Person enthalten. Der angefochtene Entscheid ist der Beschwerde in Kopie beizulegen. Das Verfahren vor Kantonsgericht ist kostenpflichtig (§§ 5, 20 und 43 ff. des Gesetzes vom 16. Dezember 1993 über die Verfassungs- und Verwaltungsprozessordnung).